



Nr. 21

7. Juni 2024

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Vor der Europawahl 2024

[Silberbach ruft zur Stärkung demokratischer Kräfte auf](#)

dbb Bundesleitung wieder komplett

[Waldemar Dombrowski ist neuer dbb Fachvorstand
Beamtenpolitik](#)

Gewerkschaftstag dbb rheinland-pfalz

[Silberbach: Bundesregierung muss entschlossener handeln](#)

dbb jugend

[Engagement-Strategie des Bundes: Nachwuchsgewinnung
beim Ehrenamt stärken](#)

dbb frauen

[Wahlaufruf: Für Demokratie und Frauenrechte](#)

dbb senioren

[Parteien zur Europawahl: Mitgestalten statt Zusehen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Baden-Württemberg

[Zuführungen in den Pensionsfonds: Kürzungspläne
unverantwortlich](#)

Thüringen

[Innenausschuss gegen Modernisierung des öffentlichen Dienstes](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Aufruf an die Bevölkerung: Unterstützung und Solidarität für die Polizei](#)

DPVKOM

[Tag des Zustellers: Zustellprobleme bei der Deutschen Post sind hausgemacht](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Vor der Europawahl 2024

Silberbach ruft zur Stärkung demokratischer Kräfte auf

Der dbb hofft auf eine Mehrheit der demokratischen Kräfte für die Wahl der neuen EU-Kommission.

Beschäftigte des öffentlichen Diensts und besonders Beamtinnen und Beamte sind dem Grundgesetz verpflichtet. Sie üben ihre Aufgaben und Ämter allein nach Maßgabe von Recht und Gesetz aus und sind zur politischen Neutralität verpflichtet. „Für die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst ist es alles andere als gleichgültig, ob verfassungsfeindliche Kräfte an die Macht kommen“, warnt daher der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach im Vorfeld der Europawahl, die in Deutschland am 9. Juni 2024 stattfindet.

Der dbb Chef ruft angesichts der in diesem und im nächsten Jahr anstehenden Wahlen dazu auf, die demokratischen Kräfte zu stärken. „Für den öffentlichen Dienst ist es wichtig, dass extremistische Parteien keinen Einfluss bekommen“, so Silberbach. Der dbb hoffe daher, dass es nach den Europawahlen eine Mehrheit der demokratischen Kräfte für die Wahl der neuen Kommission geben wird. „Parteien, die autoritäre Pläne für den Staatsumbau haben, dürfen nicht salonfähig werden. Das gilt nicht nur für die deutsche AfD, sondern auch für extremistische Parteien anderer EU-Staaten“, machte der dbb Bundesvorsitzende deutlich.

Auch mit Blick auf die Landtagswahlen im Herbst setzt der dbb Bundesvorsitzende besonders auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Silberbach: „Lasst uns die demokratischen Parteien stärken. Hier gibt es genug Auswahl. Parteien, die gegen das Grundgesetz, gegen die freiheitliche Demokratie und

die rechtsstaatliche Ordnung stehen, bringen besonders uns als Staatsbedienstete in die Bredouille, wenn sie an die Macht kommen. Das muss nicht von heute auf morgen geschehen. Das vollzieht sich in einem schleichenden Prozess der Aushöhlung der rechtsstaatlichen Institutionen. Deshalb ist für uns klar: Es ist keine Zeit für Protestwahlen. Es ist Zeit, die Demokratie zu stärken.“

Der dbb unterstützt auch den Wahlauf Ruf zur Europawahl. Die Europäische Bewegung Deutschland hat dafür ein breites Bündnis von 24 Mitgliedsorganisationen zusammengebracht. Die Organisationen – zu denen auch der dbb beamtenbund und tarifunion gehört – rufen dazu auf, bei der Europawahl das vereinte Europa und die freiheitliche Demokratie gegen autoritären Nationalismus und Angriffe von Innen und Außen zu schützen. Der Wahlauf Ruf fordert eine handlungsfähige und starke Europäische Union, und eine verantwortliche deutsche Europapolitik.

Zu dem Bündnis gehören neben dem dbb unter anderem: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Bundesverband der Deutschen Industrie, Deutscher Bauernverband, Deutscher Bundesjugendring, Deutscher Frauenrat, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Naturschutzring, Transparency International Deutschland, Verbraucherzentrale Bundesverband, Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

dbb Bundesleitung wieder komplett

Waldemar Dombrowski ist neuer dbb Fachvorstand Beamtenpolitik

Der dbb Bundeshauptvorstand hat Waldemar Dombrowski zum Zweiten Vorsitzenden und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb beamtenbund und tarifunion gewählt.

Der dbb Bundeshauptvorstand ist das höchste Entscheidungsgremium des dbb zwischen den Gewerkschaftstagen. Durch die Wahl von Waldemar Dombrowski am 6. Juni 2024 ist die Bundesleitung des gewerkschaftlichen Dachverbandes nun wieder vollständig. Die Nachwahl war notwendig geworden, weil Friedhelm

Schäfer, der seit 2017 die Ämter als Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb innehatte, bereits Ende 2023 aus gesundheitlichen Gründen seinen Posten niedergelegt hatte. Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach erklärte nach der Abstimmung

in Berlin: „Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Waldemar Dombrowski. Der Fachvorstand Beamtenpolitik trägt im dbb eine große Verantwortung, denn er vertritt die Interessen von über 900.000 bei unseren Mitgliedsgewerkschaften organisierten Beamtinnen und Beamten. In Waldemar Dombrowski werden sie einen kompetenten und kämpferischen Repräsentanten haben. Heute möchte ich mich aber auch nochmal ausdrücklich bei Friedhelm Schäfer für die wirklich tolle, intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit während der letzten sieben Jahre bedanken.“

Waldemar Dombrowski ist seit 2002 Bundesvorsitzender der VBBA Gewerkschaft Arbeit

und Soziales und Vorsitzender der Geschäftsführung in der Agentur für Arbeit Bad Hersfeld/Fulda. Der neue Zweite Vorsitzende des dbb dankte dem dbb Bundeshauptvorstand für seine Wahl und das damit zum Ausdruck gebrachte Vertrauen. Dombrowski benannte zugleich die aus seiner Sicht anstehenden Herausforderungen: „Gerade in dieser krisengeprägten Zeit kommt es darauf an, unsere Kernmarke ‚Berufsbeamtentum‘ zu bewahren und proaktiv weiterzuentwickeln. Der demografische Wandel und der Fachkräftemangel werden weiter Fahrt aufnehmen. Umso wichtiger ist es, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes im Allgemeinen sowie des Berufsbeamtentums im Besonderen zu stärken.“

Gewerkschaftstag dbb rheinland-pfalz **Silberbach: Bundesregierung muss entschlossener handeln**

Der Dauerstreit in der Ampel verhindert substanziellen Fortschritt, beklagt der dbb Chef. Dies gehe zulasten des öffentlichen Dienstes.

Deutschlandpakt, Deutschlandtempo und weitere ambitionierte Ziele stehen im Koalitionsvertrag der Bundesregierung. „Leider ist es in den meisten Fällen bei Ankündigungen geblieben“, sagte Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender des dbb, auf dem Landesgewerkschaftstag des dbb rheinland-pfalz am 4. Juni 2024 in Mainz. „Wir brauchen keine Bundesregierung, die ständig streitet, sondern eine, die mutige und zügige Entscheidungen trifft. Das ist sie den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes schuldig, die sich jeden Tag mit unnötiger Bürokratie, mangelhafter Digitalisierung und ausufernder Regulierung herumschlagen müssen. Das Zögern und Zaudern gefährdet die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung.“

Forderungen seitens der Politik, die Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Sozialversicherung einzubeziehen, kritisierte der Bundesvorsitzende scharf: „Wir werden die zweifellos vorhandenen Probleme in der Rentenversicherung so nicht in den Griff bekommen. Dieses Thema immer wieder neu aufzukochen, ist auch nicht hilfreich. Die dafür notwendige Energie sollte lieber in die Lösung echter Probleme gesteckt werden – beispielsweise ist die Besoldung der Beamtinnen und Beamten des Bundes immer noch nicht verfassungskonform, weil die Ampel das notwendige Gesetz blockiert.“

Auf dem Gewerkschaftstag bestätigten die Delegierten Lilli Lenz im Amt der Landesvorsitzenden. Silberbach: „Ich freue mich enorm auf unsere weitere Zusammenarbeit. Denn der dbb lebt von der Zusammenarbeit aller Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften. Gemeinsam sind wir stark und können die Zukunft des öffentlichen Dienstes im Sinne der Beschäftigten gestalten!“

Zu dieser Zukunft gehöre neben der Notwendigkeit verantwortungsbewussten Umgangs mit Digitalisierung ganz besonders, dass den Herausforderungen der Personalentwicklung im öffentlichen Dienst unbedingt durch deutlich verbesserte Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung begegnet werden müsse, so die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz. „Der öffentliche Dienst als Gesellschaftsanker braucht stärkere Investitionen. Dafür setzen wir uns auf allen Ebenen überzeugt und kräftig ein.“

Zur öffentlichen Veranstaltung des Gewerkschaftstages konnte die frisch gewählte Landesleitung zahlreiche Gratulantinnen und Gratulanten von der Landesregierung, aus Politik und Gewerkschaften begrüßen. Ministerpräsidentin Malu Dreyer dankte in ihrer Rede allen im öffentlichen Dienst Beschäftigten für ihre hervorragende Arbeit. Gerade auch in Krisenzeiten könne man sich uneingeschränkt auf den öffentlichen Dienst im Land verlassen. Der dbb rheinland-pfalz sei verlässlicher Partner bei der Sicherung der Demokratie. Gemeinsam

stehe man gegen Hass, Hetze und Gewalt. In den Bereichen Fachkräftesicherung im öffentlichen Dienst, Digitalisierung, Beteiligung, Mitbestimmung und Tarifverhandlungen sei die Landesregierung mit dem dbb rheinland-pfalz in gutem Kontakt. Die Landesregierung bemühe sich zusammen mit den Gewerkschaften, die Arbeit im öffentlichen Dienst durch gute Arbeitsbedingungen attraktiv zu gestalten,

auch bei der Bezahlung. Das nach anspruchsvollen Verhandlungen erreichte Ländertarifergebnis für den öffentlichen Dienst und dessen zeitgleiche, systemgerechte Übertragung auf Besoldung und Versorgung im rheinland-pfälzischen Landes- sowie Kommunaldienst seien der Beleg dafür. „Die deutlichen Steigerungen sind große und bewusste Kraftanstrengungen für den Landeshaushalt“, sagte die Ministerpräsidentin.

dbb jugend

Engagementstrategie des Bundes: Nachwuchsgewinnung beim Ehrenamt stärken

Die dbb jugend fordert, dass die Engagementstrategie des Bundes zu einer echten Stärkung des Ehrenamtes führt.

Im Gespräch mit Nadine Ruf, Obfrau der SPD im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement und Berichterstatterin für den Kinder- und Jugendplan des Bundes im Familienausschuss, hat Matthäus Fandrejewski vor allem die Probleme bei der Nachwuchsgewinnung für das Ehrenamt thematisiert. „Deshalb haben wir als dbb jugend ja auch 2024 zum Jahr des Ehrenamtes gemacht. Junge Menschen heute sind mindestens so engagiert wie vorherige Generationen. Sie arbeiten aber lieber projekt- und themenbezogen und wollen oder können sich nicht mehr über lange Zeiträume in feste Hierarchien einbinden. Darauf muss die Engagementstrategie des Bundes Rücksicht nehmen und entsprechende Rahmenbedingungen schaffen“, so der Chef der dbb jugend am 3. Juni in Berlin.

Darüber hinaus brauche es aber auch stärkere materielle Anreize, um die Attraktivität des Ehrenamtes zu erhöhen. Fandrejewski: „Da gäbe es viele Möglichkeiten, zum Beispiel die bessere Anerkennung von im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen im Bewerbungsprozess oder die finanzielle Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement über Steuerbefreiungstatbestände oder zusätzliche Rentenpunkte. Außerdem braucht es die Möglichkeit, Sonderurlaubstage und Dienstbefreiungen ohne Begrenzung zu gewähren. Dabei muss sichergestellt werden, dass diese Regelungen nicht nur auf dem Papier bestehen, sondern eine Verpflichtung zur Gewährung besteht.“

dbb frauen

Wahlaufruf: Für Demokratie und Frauenrechte

Die dbb frauen rufen dazu auf, sich an der Europawahl zu beteiligen: Für Demokratie und einer gendergerechte EU-Politik.

Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb frauen und stellvertretende dbb Chefin appelliert am 6. Juni nochmal an alle, besonders an die Frauen: „Geht zur Wahl. Stärkt mit Eurer Stimme die demokratischen Parteien, die fest auf dem Boden unseres Grundgesetzes und der europäischen Werte stehen.“ Aktuell gibt es in Deutschland und in vielen anderen EU-Staaten starken Zulauf zu rechtsextremen Parteien. Diese Kräfte stehen gegen alles, wofür die dbb frauen sich seit Jahrzehnten einsetzen. Kreutz: "Sie sind patriarchalisch, reaktionär,

fremden- und frauenfeindlich. Europa hingegen steht für Chancengleichheit, für den Kampf für Geschlechtergerechtigkeit, für die Freiheit von jedweder Diskriminierung.“

Kreutz weist besonders auf die Rolle der EU für das alltägliche Leben hin: „Die EU hat in den letzten Jahren bedeutende Schritte zur Verbesserung der Situation der Frauen am Arbeitsmarkt und in der Sozialpolitik gemacht. Dank ihr haben wir in ganz Europa Standards für die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und

Beruf. Wir hoffen, dass das kommende Parlament diesen Weg beibehält und nicht mitten-drin anhält oder wieder umdreht.“ Für die dbb frauen ist die Europawahl auch im Hinblick auf die politische Beteiligung von Frauen entscheidend. „Wir brauchen mehr Frauen, die die Politik mitgestalten. Dazu muss die europäische Politik aber frauen- und familienfreundlicher werden“, so Kreutz.

Die EU muss zudem mehr tun, um die Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu stoppen, fordert die Chefin der dbb frauen: „Über die Hälfte der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sind

weiblich. Wir beobachten seit Jahren einen erschreckenden Anstieg der Gewalt gegen die Beschäftigten. Die Istanbul-Konvention umzusetzen ist das Fundament. Das eigentliche Bollwerk gegen die zunehmende Gewalt sind konkrete Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt, im realen Leben wie online; sowie Prävention und Versorgung der Opfer von Gewalt.“ Tatsächlich sind sich alle demokratischen Parteien einig, dass Frauen und Mädchen besser vor Gewalt geschützt werden müssen. „Allerdings nimmt keine Partei explizit Bezug auf Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz“, kritisiert Kreutz.

dbb senioren

Parteien zur Europawahl: Mitgestalten statt Zusehen

Die dbb bundesseniorenvertretung hat die großen demokratischen Parteien im Vorfeld der Europawahl zu ihren senioren- und gesellschaftspolitischen Positionen befragt. Die Antworten von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU/CSU zeigen Gestaltungswillen für ein vielfältiges und generationengerechtes Europa.

„Die großen Herausforderungen unserer Zeit – Kriege, Terrorismus, Migration, und Klimawandel – können nur innerhalb der europäischen Gemeinschaft gelöst werden“, sagt dbb Seniorenchef Horst Günther Klitzing. „Eine starke, handlungsfähige und resiliente EU kann anderen Akteuren der Welt auf Augenhöhe begegnen.“ Neben den großen Themen der Weltpolitik seien für Seniorinnen und Senioren aber

auch die Bereiche Demografie, soziale Gerechtigkeit, Altersdiskriminierung, Pflegenotstand und Gesundheitsfürsorge von besonderem Interesse. „Auch hier gibt die EU den Puls vor. Ich rufe daher dazu auf, am 9. Juni zur Europawahl zu gehen und mitzugestalten statt zuzusehen – denn Demokratie ist kein Selbstläufer.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Baden-Württemberg

Zuführungen in den Pensionsfonds: Kürzungspläne unverantwortlich

Der BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) wendet sich entschieden gegen den Beschluss der Regierungskoalitionen im Doppelhaushalt 2025/2026 die Zuführungen in den Pensionsfonds um eine Milliarde Euro zu kürzen.

„Dafür haben wir keinerlei Verständnis“, erklärte BBW-Vorsitzender Kai Rosenberger am 6. Juni 2024. In Zeiten ansteigender Pensionsverpflichtungen sei ein solches Vorhaben unverantwortlich. Zugleich kündigte er seinen entschiedenen Protest im Beirat des Sondervermögens Versorgungsfonds an, in dem der BBW Mitglied ist.

Nachdem die aktuelle Steuerschätzung deutlich positiver als erwartet ausgefallen war und

die Landesregierung mit 628 Millionen Euro mehr an Einnahmen für den Doppelhaushalt 2025/26 rechnen könne, sei eine Kürzung der Zuführungen in den Pensionsfonds nichts anderes als „modernes Raubrittergebaren“, so Rosenberger. Während es zunächst noch darum gegangen sei, eine strukturelle Deckungslücke im Haushalt in Höhe von 7,3 Milliarden Euro zu schließen, soll das Geld jetzt in neue Investitionen fließen, wie etwa ein Sprachförderungs-

ket für Kitas und Kindergärten. BBW-Chef Rosenberger ist empört: „Gelder, mit denen künftig Pensionen der Staatsdiener bezahlt werden sollten, werden stattdessen für neue Investitionen ausgegeben.“

Der BBW-Vorsitzende wirft der Landesregierung vor, sie ver falle in alte Muster und erkenne im öffentlichen Dienst das am leichtesten zu schlachtende Sparschwein. Negiert werde, dass die Personallage im öffentlichen

Dienst immer prekärer werde und die Beschäftigten über ihre Leistungsgrenze hinausgehen müssten, um die anfallenden Aufgaben zu bewältigen. Statt Anreize für neues Personal zu schaffen, wolle man stattdessen jetzt die Zuführungen in den Pensionsfonds kürzen. Offensichtlich glaube die Landesregierung, dass die Pensionszahlungen der Zukunft kein allzu großes Problem mehr sind, stellt Rosenberger fest. Zugleich aber warnt er: „Was jetzt gekürzt wird, fehlt später.“

Thüringen

Innenausschuss gegen Modernisierung des öffentlichen Dienstes

Der Innenausschuss des Thüringer Landtags hat überraschend den Gesetzentwurf zur zeitgemäßen Ausgestaltung des Beamten dienstrechts abgelehnt. In Zeiten des Fachkräftemangels wäre die endgültige Ablehnung des Gesetzentwurfes durch den Thüringer Landtag ein fatales Signal, hieß es vom tbb.

Der abgelehnte Gesetzentwurf sieht neben Änderungen im Bereich der Polizei wichtige Änderungen vor, die unter anderem Erleichterungen bei der Anerkennung der Laufbahn befähigung, Urlaub zum Erwerb der laufbahnrechtlichen Zugangsvoraussetzungen oder den Wechsel in eine andere (höhere) Laufbahn erleichtern würde. Nach bislang geltendem Recht müssen Beamtinnen und Beamte, die innerhalb oder außerhalb ihres Dienstverhältnisses eine neue Laufbahn einschlagen wollen und dafür einen neuen Vorbereitungsdienst und eine neue Probezeit ableisten müssen, sich vorher aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit entlassen lassen.

Der Entwurf enthält auch notwendige Änderungen in Bezug auf das „Stechuhr-Urteil“ des BAG sowie notwendige laufbahnrechtliche Re-

gelungen zur Fachkräftegewinnung für die Arbeit in den Kommunen. Auch regelt der Entwurf Anreize für den öffentlichen Arbeitgeber, eigene Ausbildungskapazitäten zu schaffen. Eine Notwendigkeit, um endlich den letzten Platz beim Vergleich der Ausbildungsquote der Länder zu verlassen.

Gewerkschaftliche und kommunale Spitzenverbände hatten gemeinsam mit den Vertretern der Ressorts über Monate Anforderungen für die Modernisierung des öffentlichen Dienstes erarbeitet und den Gesetzentwurf überwiegend im Konsens begleitet. Für den tbb ist es daher absolut unverständlich, warum die Abgeordneten im Innenausschuss dagegen stimmten. Nun hoffe man, dass die Abgeordneten des Thüringer Landtags entgegen des Votums des Innenausschusses für den Gesetzentwurf abstimmen.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Aufruf an die Bevölkerung: Unterstützung und Solidarität für die Polizei

Die DPoIG ruft die Bevölkerung dazu auf, sich hinter die Polizei, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der Blaulichtfamilie zu stellen.

„Uns bewegt die Trauer um den Tod unseres jungen Mannheimer Polizeikollegen, der im Einsatz für die Innere Sicherheit und bei der Abwehr eines brutalen Messerattentats selbst Opfer einer heimtückischen und tödlichen Messerattacke wurde. Wir erleben seit einigen Jahren einen Anstieg von Gewalttaten und eine zunehmende Verrohung der Gesellschaft.

Schon lange hat die Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, der Polizei und der Blaulichtfamilie eine erschreckende Dimension erreicht. Wir bitten darum, blaue Bänder als Zeichen der Trauer, als Zeichen der Solidarität und als sichtbares Zeichen gegen Gewalt zu tragen“, hieß es am 6. Juni 2024.

Das Zeichen könne in vielfältiger Art und Weise sichtbar getragen werden. Das kleine blaue Bändchen an der Handtasche. Das Band an der Sport- oder Einkaufstasche. Ein blaues Band am Fahrzeug, dem Fahrrad, ein kleines blaues Bändchen an der Jacke. Die DPoIG hat bereits bundesweit innerhalb der Polizei dazu aufgerufen, auch während der Fußball-EM blaue Bänder anzubringen. Dazu der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt: „Der Name des Kollegen wird in ganz Deutschland gegen

Gewalt gegen die Polizei, für unsere Trauer um ihn und vielen anderen Kolleginnen und Kollegen, die im Dienst getötet oder Opfer wurden, stehen. Als äußeres Zeichen fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft eine Trauerbeflaggung über die gesamte Zeit der Fußball-EM und nicht nur bis zur Beisetzung des Kollegen. Dieses Ereignis darf nicht, wie in vielen vergangenen Fällen, zu schnell zu den Akten gelegt werden.“

DPVKOM

Tag des Zustellers: Zustellprobleme bei der Deutschen Post sind hausgemacht

„Die zunehmende Arbeitsverdichtung, eine hohe körperliche Belastung durch immer mehr (schwere) Pakete, ständig wechselnde Zustellbezirke und familienunfreundliche Arbeitszeiten – das alles kennzeichnet den Arbeitsalltag von Zustellerinnen und Zustellern der Deutschen Post. Vor diesem Hintergrund darf sich das Unternehmen nicht wundern, wenn es nach wie vor Probleme im Bereich der Zustellung gibt, weil immer mehr Beschäftigte krank werden oder das Unternehmen – mitunter nach jahrzehntelanger Zustelltätigkeit – verlassen. So kann und darf es nicht weitergehen“, sagte Christina Dahlhaus, die Bundesvorsitzende der Fachgewerkschaft DPVKOM, im Vorfeld des Tages des Zustellers am 6. Juni 2024.

Es komme nicht von ungefähr, dass in den Medien immer wieder über Zustellverzögerungen und eine mangelnde Zustellqualität berichtet wird. Diese Probleme seien hausgemacht. Des Öfteren müssten Zusteller ihre Zustelltour abbrechen, weil die Arbeitsmenge in der in den Dienstplänen festgelegten täglichen Arbeitszeit auf der Basis der 38,5-Stundenwoche nicht bewältigt werden kann. Grundsätzlich sind 10:45 Stunden Arbeitszeit am Tag möglich. Doch selbst diese Höchstleistungszeitgrenze reicht oftmals nicht aus, um alle Briefe und Pakete zuzustellen. Der ohnehin vorhandene Personalmangel – bei der Post fehlen schätzungsweise mehrere Tausend Zusteller – und der nach wie vor viel zu hohe Krankenstand führten zu einer Mehrarbeit für die vorhandenen Zusteller. Dahlhaus: „Viele Zustellerinnen und Zusteller gehen auf dem Zahnfleisch. Sie leiden unter der körperlichen und auch psychischen Belastung und haben oft keine geregelten Arbeitszeiten mehr, da die Deutsche Post jederzeit Überzeitarbeit anordnen kann. Feste Zeiten für Familie, Freunde und Freizeitaktivitäten gibt es immer seltener.“

Solange diese Arbeitsbedingungen im Unternehmen vorherrschen, werden sich die Menschen hierzulande auf Einschränkungen bei der Zustellung von Brief- und Paketsendungen einstellen müssen. Daran ändert auch die vom Gesetzgeber geplante Verlängerung von Brieflaufzeiten nichts, denn die Arbeitsmenge ist ja

nach wie vor vorhanden. Und die von der Deutschen Post forcierte Ausweitung der Verbundzustellung, bei der sowohl Briefe als auch Pakete zugestellt werden müssen, wird die körperliche Belastung der Zusteller noch einmal verstärken. Nicht alle Zustellerinnen und Zusteller, die bislang nur Briefe ausgetragen haben, besitzen die körperlichen Voraussetzungen, um zukünftig auch bis zu 31,5 Kilogramm schwere Pakete in den zehnten oder elften Stock eines Hochhauses transportieren zu können.

„Damit der Bereich der Zustellung nicht vollends zusammenbricht, brauchen wir nicht nur eine wirksame Einstellungsoffensive, planbare Arbeitszeiten mit festen freien Wochenenden, sondern beispielsweise auch eine generelle Zwei-Mann-Zustellung bei Paketen ab einem Gewicht von 20 Kilogramm. Diese gesetzliche Regelung, die natürlich für alle Anbieter von Postdienstleistungen gelten muss, wäre endlich mal ein Schritt in die richtige Richtung“, so Dahlhaus.

Mit dem Tag des Zustellers am 6. Juni – dem Gründungstag der vor 134 Jahren gegründeten Fachgewerkschaft – will die DPVKOM auf die Arbeitssituation der Zustellerinnen und Zusteller der Deutschen Post aufmerksam machen. Gleichzeitig soll den Beschäftigten an diesem Tag die Wertschätzung zuteilwerden, die viele von ihrem Arbeitgeber oft vermissen.

Namen und Nachrichten

Vom 4. bis zum 6. Juni 2024 tagte in Radebeul die 24. Konferenz der Jobcenterpersonalräte. Nach den erfolgreichen Personalratswahlen stand die Konstituierung des Vorstands der Jobcenterpersonalräte im Vordergrund. Auch die inhaltlichen Themen richteten sich vorrangig an neue Personalratsvorsitzende. Ausnahmsweise fand das Treffen der im **dbb** organisierten Gewerkschaften bereits am Vorabend vor dem ersten Konferenztag statt. Eingeladen waren nicht nur bereits organisierte Personalräte, auch alle anderen Interessenten waren

wie immer herzlich willkommen. Ziel war es, die anstehenden Neuwahlen zu erläutern, die Arbeit und Organisation der Jobcenterpersonalräte zu erklären und mögliche Kandidaten in ihren Entscheidungen zu bestärken. Die nächste Konferenz der Jobcenterpersonalräte wird in Berlin stattfinden. Dann wird das Gewerkschaftstreffen in gewohnter Manier wieder im Anschluss an den ersten Konferenztag stattfinden.

Termine:

25. Juni 2024

dbb Symposium „Arbeitszeit neu gedacht“

Weitere Informationen unter www.dbb.de

26. Juni 2024

Veröffentlichung dbb Bürgerbefragung 2024
